

28.7.1916

## Beratung des Reichstagsausschusses.

Im Verlauf der weiteren Verhandlungen gibt der Vertreter der J. C. G. nähere Auskunft über das Käsegeschäft im Ausland. Hier seien noch Uebergangsschwierigkeiten zu überwinden. Mit der Inlandsproduktion habe die J. C. G. nichts zu tun. Ein konservativer Redner betont, daß die Darlegungen des Vertreters der J. C. G. überzeugend wirken, auch was die persönliche Seite anlange. Die Angriffe auf einzelne Persönlichkeiten seien nicht haltbar. Man habe versäumt, Raps und Rübsen, besonders auf kleineren Parzellen, anzubauen. Das müsse bei der Herbstbestellung beachtet werden. Die ganzen Ernährungsfragen würden sich in Zukunft besser stellen. Dem Antrag, 25 Prozent der Magermilch auf Käse zu verarbeiten, könne er nicht zustimmen. Beim Postverland müsse kontrolliert werden. Eine Gesamtrationierung für Milch und Fett sei nicht möglich. — Ein sozialdemokratischer Redner ist mit der J. C. G. zufrieden, sie müßte aber mehr Aufklärung geben. Der Redner verteidigt die Stadt Berlin gegen die erhobenen Angriffe. Die Fehler seien bei der Zentralstelle bzw. durch Bundesratsverfügungen gemacht worden. Alle Butter müsse beschlagnahmt werden. Eine allgemeine Rationierung sei notwendig. Die Butterpreise seien reichlich hoch.

### Ein höherer Milchpreis in Berlin

wäre gerade jetzt unberechtigt. Ein Zwang zur Verarbeitung von Magermilch auf Magerkäse sei angebracht. Butter wandere in die Seifenfabrik, weil sie hier teuer bezahlt werde. Bei der Seife müßte der Fettgehalt deklariert werden.

Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, daß Butter nicht für Seifenfabrikation verwendet werde. Die radikale Regelung der Butterfrage stehe bevor. Das Milchtrocknungsverfahren werde begünstigt. Der Redner verteidigt das Verhalten der Zentralstellen bei der Butterversorgung in Berlin. Die Milchpreiserhöhung in Berlin erfolge auf Grund eines Schiedsgerichtsgutachtens über die Produktionskosten. Schließlich bemerkt der Redner noch auf eine Bemängelung, der Geschäftstil der J. C. G. sei kaufmännisch.

Ein anderer Sozialdemokrat beschwert sich lebhaft über die mangelhafte Organisation in Groß-Berlin. Auch bei der Ausgabe von Bezugskarten seien große Mißstände vorhanden. Es müsse auch beim Käse eine Organisation des Absatzes eingeführt werden. Die Delsaaten dürften nicht als Grünfütter verwendet werden. Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, daß das auch nicht geschehe. — Ein Vertreter der Deutschen Fraktion bespricht die Mängel der Organisation in Berlin und den Anbau der Delsfrüchte. Die Ablieferung des Flachses müsse organisiert werden. Die Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, ist für die Bewertung des Flachses Vorkehrung getroffen.

Der Ausschuß geht über zur Besprechung der

### Futtermittel

(Krautfutter, Häcksel, Heu). Der Berichterstatter teilt mit, daß die Aufzucht des Laubes organisiert werde. — Präsident Rauß betont, daß die Futtermittel durch die schlechte Ernte ungünstig beeinflusst wurden. Man habe versucht, nach Möglichkeit Ersatzmittel zu beschaffen. Der Kriegsausschuß für die Beschaffung von Ersatzfuttermitteln sei geschaffen worden. Es sind zehn Fabriken für Nährhefe mit einer Gesamtproduktion von jährlich 73 400 Tonnen gebaut, diese Höhe sei aber noch nicht erreicht, sondern erst etwa die Hälfte. Die Nährhefe eigne sich auch für die menschliche Ernährung. Das Strohmehl sei mit gewissen Zusätzen sehr wertvoll. Heidekrautfutter ist mit Zusätzen ein gutes Schweinefutter. Tierkörpermehl werde aus Kadavern unter Mitwirkung der Heeresverwaltung erzeugt. Auch im Frieden sei eine bessere Verwertung der Kadaver und Schlachthofabfälle möglich. Aus Riesmuscheln werde ein wertvolles Futter erzeugt. Pflanzliche Stoffe könnten auch in höherem Umfang zur Futtergewinnung herangezogen werden, z. B. das Holz. Es sei zu erhoffen, daß wir uns auch im Frieden von ausländischen Futtermitteln unabhängig machen können. Ein nationalliberaler Redner begrüßt diese beruhigende Darstellung und wünscht Propaganda in ihrem Sinne. Die Zuchtstämme müßten erhalten werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich betont, daß die jetzt hergestellten geringen Mengen ohne Propaganda leicht abgesetzt werden. — Die Deutsche Fraktion wünscht Beigabe von Gehaltsgarantie,

auch bei der Nährhefe. Ein Regierungsvertreter sagt Berücksichtigung zu. — Ein Sozialdemokrat erklärt, die Nährhefe verlange zuviel Rohmaterial und sei daher für den Frieden kaum rationell. — Ein Zentrumredner wünscht eine bessere Verteilung der Futtermittel unter Berücksichtigung des Rindviehs. Die neuen Fabriken sollten auch nach dem Süden kommen. — Ein fortschrittlicher Abgeordneter spricht dem Kriegsausschuß für Ersatzfuttermittel seine Anerkennung aus. Im Kriege dürfe die Preisfrage keine Rolle spielen. Für die Friedenszeit aber sei es entscheidend, ob künstliche Futtermittel rationell, d. h. zu angemessenem Preis herzustellen seien, was bei Nährhefe ausgeschlossen erscheine. Der Redner bittet um Auskunft, wie sich die Friedenspreise stellen würden, und verlangt, daß bei den Lieferungsverträgen unbedingt ausreichende Mengen gegeben werden müssen.

Staatssekretär Dr. Helfferich erwidert, daß sich die Rentabilität der Herstellung künstlicher Futtermittel für die Friedenszeit noch nicht überschauen lasse; sie hänge von verschiedenen Umständen, den Rohstoffpreisen usw., ab. Immerhin hoffe er, daß manche Einrichtungen auch für die Friedenszeit von Bedeutung sein würden.

Nachdem noch ein konservativer Redner gewünscht hatte, daß die Küchenabfälle besser verwertet werden sollen, vertagt sich der Ausschuß auf Montag vormittag: Organisationsfragen (in Anwesenheit des Präsidenten des Kriegsernährungsamts v. Batocki).